

SPD-Fraktion in der SVV Königs Wusterhausen
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der SVV Königs Wusterhausen

Änderungsantrag zur BV 10-22-173

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt folgendes:

Resolution der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Königs Wusterhausen

Als Organ der kommunalen Selbstverwaltung gilt unsere ganze Aufmerksamkeit dem Lebensumfeld unserer Bürgerinnen und Bürger, der Bereitstellung der sozialen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Infrastruktur.

Die Aufgaben der Stadt Königs Wusterhausen sind vielfältig und fordern viel Engagement. Die Herausforderungen der vergangenen Jahre, sei es die Wirtschaft- und Finanzkrise, die Flüchtlingssituation oder die Bekämpfung der Corona-Pandemie, haben die personelle und finanzielle Leistungsfähigkeit der Kommunen mehrfach überstrapaziert. Anstatt uns nun den vielen drängenden Kernaufgaben widmen zu können, steht uns unübersehbar die nächste Krise bevor.

Aufgrund des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges der Russischen Föderation auf die Ukraine seit dem 24. Februar gerät auch die kommunale Selbstverwaltung unverschuldet in eine erneute krisenhafte Situation. Fokus der Arbeit der Verwaltung und der kommunalen Gremien liegt damit erneut darauf, die über Jahre aufgebauten und gewachsenen städtischen Strukturen zu erhalten. Die aktuelle Situation hemmt die Verantwortungsträger die drängenden strategischen und konzeptionellen Aufgaben der Stadt zielführend zu lösen.

Die aktuelle Energie- und Inflationskrise belasten die Einwohnerinnen und Einwohner, die Verwaltung, die vielfältigen Einrichtungen und nicht zuletzt die teilweise existenzbedrohte Wirtschaft unserer Heimatstadt sehr stark. Angekündigte Unterstützungsprogramme vom Bund und dem Land Brandenburg sind grundsätzlich zu begrüßen, auch wenn die Abstimmungsprozesse zwischen den politischen Akteuren mit erheblichen zeitlichen Verzögerungen einhergehen und das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates zumindest schmälern. Die Handlungsfähigkeit für unsere Städte und Gemeinde muss besonders in solchen Krisenzeiten gewährleistet sein.

Für die Zukunft Europas, der Bundesrepublik Deutschland und auch unserer Heimatstadt ist es erforderlich, dass die kriegerischen Auseinandersetzungen in der Ukraine ein schnellstmögliches Ende finden. Jeder weitere Kriegstag schafft weitere Opfer, Verletzungen von Menschenrechten und Zerstörung von Städten, Dörfern und lebensnotwendiger Infrastruktur.

Wir fordern die Bundesregierung auf, sich mit allen zur Verfügung stehenden diplomatischen Mitteln für ein Ende des Krieges einzusetzen. Voraussetzung ist eine ernsthafte Bereitschaft zu diplomatischen Lösungen, immer unter Wahrung akzeptabler Verhandlungsgrundlagen für alle Beteiligten.

Königs Wusterhausen, den 20.10.2022

Ludwig Scheetz, Vorsitzender SPD-Fraktion
Ines Kühnel, Vorsitzende Fraktion Bündnis 90/Die Grünen